

## WOHIN WENDET SICH AFRIKA?

Das Geschehen in Afrika wird uns meist nur sehr punktuell dargestellt. Dabei ist auf dem Kontinent gerade eine geopolitische Neuorientierung im Gange:

- Frankreich muss sich aus seinen früheren Einflussgebieten weitgehend zurückziehen;
- Russland hat, vor allem auch mithilfe der Söldnertruppe Wagner, neue Machtpositionen aufgebaut;
- China wurde auf dem ganzen Kontinent ein dominierender wirtschaftspolitischer Faktor;
- die demographische Entwicklung ist gewaltig und wird, aufgrund der zu erwartenden Migrationswelle, größte Auswirkungen auf Europa haben;
- die Entwicklung der Demokratie ist in vielen Ländern ins Stocken geraten. Zunehmend haben die Militärs wieder die Macht ergriffen;

Insgesamt strebt der „Globale Süden“ in einer Neuen Weltordnung nach mehr Mitsprache. Das ist verständlich. Waren doch 1945, als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als einer der Grundpfeiler der derzeitigen Ordnung geschaffen wurde, nur fünf afrikanische Länder unabhängig. Heute zählt Afrika 54 souveräne Staaten. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, warum die Jahre nach der Unabhängigkeit vielfach als „Fehlstart“ bezeichnet werden, wie es zu einer Reihe von Kriegen, Bürgerkriegen und dem Erstarken von Terroristen kam; aber auch, welche Weichen nunmehr für die Zukunft des Kontinents gestellt werden.

### 1. Der Fehlstart

Für René Dumont, den Autor des Bestsellers „L’Afrique noire est mal partie » ist die Antwort klar: das die Welt dominierende Wirtschaftssystem ermöglicht den reichen Ländern des Nordens, Güter zu verschwenden, während die Menschen im Süden oft nicht einmal genug zum Leben haben. Die Kräfte des Marktes führen dazu, dass diese Kluft noch erweitert wird <sup>(1)</sup>. Die Konsumgesellschaft im Norden und die damit verbundene Industrie fördern den Klimawandel, der im Süden wiederum zu Trockenheit und Hunger führt. Der unkontrollierte Weltmarkt bewirkt, dass die Kluft

zwischen Nord und Süd immer größer wird und die Ungleichheit immer unerträglicher.

Konkret kritisiert René Dumont, dass viele afrikanische Staaten nach ihrer Unabhängigkeit in den 1960er Jahren eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben haben: die Landwirtschaft wurde vernachlässigt; Agrarpreise wurden künstlich niedrig gehalten, um der städtischen Bevölkerung entgegenzukommen. Dabei sprach sich Dumont auch deshalb gegen eine umfassende Industrialisierung aus, weil er die Meinung vertrat, die Welt hätte nicht genügend Ressourcen, um Wohlfahrt für alle zu gewährleisten.

Dass der Weg, der in der Wirtschaftspolitik afrikanischer Länder eingeschlagen wurde, falsch war, wurde von verschiedensten Seiten kritisiert. So hieß es etwa in einem Artikel in der Harald Tribune vom Juli 1984 unter der Überschrift „Governments are Prime Culprits in African Hunger“, dass ihre Politik, die die Industrialisierung zulasten der Landwirtschaft gefördert hat, oft schuld am Hunger in den einzelnen Ländern ist <sup>(2)</sup>.

Dabei war nicht nur das Nord- Süd Gefälle ein großes Problem, sondern auch die gesellschaftliche Spaltung in den einzelnen Ländern. So heißt es schon im „Afrika-2000“ Konzept des Außenministeriums, das 1993 erstellt wurde: „Immer deutlicher tritt auch eine dualistische Teilung der afrikanischen Gesellschaft nicht nur ökonomisch und sozial, sondern auch kulturell zu Tage“ <sup>(3)</sup>. Die Eliten haben, so das Argument, eine europäische Erziehung und erreichen einen europäischen Lebensstil. Damit wird die Entfremdung von der eigenen Bevölkerung immer größer, was die Verbreitung des Islam fördert, der sich volksnahe gibt.

In der Folge soll näher ausgeführt werden, wie sich Diktaturen, Kriege und die Situation in einzelnen Ländern auf die Entwicklung ausgewirkt haben. Dabei gab es eine Reihe von geistigen Strömungen, die die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten mit viel Optimismus begleiteten; wie den „afrikanischen Sozialismus“, den „Pan- Afrikanismus“ sowie die „Negritude“.

Da sich der Sozialismus von seinem Selbstverständnis her als eine globale Friedensbewegung versteht, die für Gerechtigkeit und Freiheit, gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpft, diente er den Unabhängigkeitsbewegungen der „Dritten Welt“ als ideale Ideologie. Schon Lenin sah im Imperialismus „das höchste Stadium

des Kapitalismus“. Die Sowjetunion unterstützte seit ihrer Gründung, insbesondere dann im Kalten Krieg Befreiungsbewegungen. Aber auch Studenten aus den englischen und französischen Kolonien, die später führende Vorkämpfer für die Unabhängigkeit ihres Landes wurden, erhielten in diesem Sinne ihre geistige Ausrichtung in Oxford oder Paris.

Präsident Julius Nyrere, der mit seinem Programm „Ujamaa“ die afrikanische Tradition der Dorfgemeinschaft mit sozialistischen Ideen des Kollektiveigentums in Einklang bringen wollte, fand begeisterte Anhänger in der europäischen Jugend, genauso wie Kwame Nkruma in Ghana. Von Südafrika bis Senegal und von Mali bis Sambia wurde der afrikanische Sozialismus unterschiedlich interpretiert. Dabei wurden durchaus soziale Erfolge erzielt. Wenn aber dann, bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Weltbank zu Hilfe gerufen wurde, wurden die Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik in Richtung Privatisierung radikal geändert.

Der „Pan-Afrikanismus“ verstand sich nicht nur als Bewegung, deren Ziel es war, den Kontinent zu einigen, es ging vielmehr auch darum, afrikanisches Selbstbewusstsein nach dem Trauma des Sklavenhandels, des Kolonialismus und des Rassismus zum Ausdruck zu bringen. Es ging darum, Solidarität und ein neues Selbstverständnis zu schaffen, wobei Vordenker wie Marcus Garvey oder W.E.B. Du Bois von außerhalb Afrikas kamen.

Leopold Senghor ging es in seiner Konzeption der „Negritude“ darum, den humanistischen Charakter der afrikanischen Tradition hervorzuheben. Obwohl gerade Senghor auch der französischen Kultur sehr verbunden war, vertrat er die Meinung, dass das Wesen Afrikas und seiner Menschen am besten in seiner Kultur und Literatur, in seiner Musik und Schaffenskraft zum Ausdruck kommt <sup>(4)</sup>.

## **2. Ein Kontinent der Diktatoren**

In den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit haben in den meisten afrikanischen Ländern Militärdiktaturen oder Ein-Parteien-Regime geherrscht. In dem 1975 erschienenen Buch „Contemporary Leaders of Africa“ <sup>(5)</sup> wurden 45 verschiedene Porträts gezeichnet, denen der Autor durchaus auch Anerkennung zollt. Manche rechtfertigten ihren Absolutismus damit, dass sie sich auf traditionelle afrikanische Herrschaftsformen beriefen.

Jomo (Brennender Speer) Kenyatta, der Kenia von 1963-1978 zunächst als Ministerpräsident, dann als Staatspräsident regierte, wird als "Fels in der Brandung" dargestellt, der in beachtlicher Weise das Wesen des afrikanischen Nationalismus verkörperte. Die ersten Regierungsjahre von Mobutu Sese Seko, der von 1965-1997 im Kongo-Zaire diktatorisch herrschte, werden als Erfolgsgeschichte beschrieben. Dies deshalb, weil es ihm gelang, die chaotischen Verhältnisse seines Landes zu ordnen und sogar ausländische Investoren zu gewinnen. Das war nur möglich, weil Mobutu „Machiavelli und Bismarck in einem verkörperte“, wie es im Buch heißt. Die Geschichte Muammar Gaddafis erscheint unter der Überschrift „Africa´s Muslim par excellence“ und hebt hervor, dass der damals 32-jährige Vorsitzende des "Revolutionsrates" auf staatliche Ämter verzichtete, um sich der Ausarbeitung seiner Ideologie und „der Erziehung der Massen“ zu widmen. Bei Sékou Touré, der von 1958 bis zu seinem Tod 1984 ziemlich blutig über Guinea herrschte, wird gewürdigt, dass er sich de Gaulle widersetzte und selbst Mohammed Siyard Barre, der von 1969-1991 der Diktator Somalias war, findet Anerkennung, weil er es vom Präsidenten zum Staatschef gebracht hat.

Hier geht es nicht darum, das Leben jener darzustellen, die nach der Unabhängigkeit ihres Landes die Geschichte Afrikas geprägt haben, sondern darum, zwei Fragen zu beantworten: warum haben sich, nach einem oft harten Kampf um Freiheit gegen Kolonialherren Autokraten durchgesetzt? Und: wie weit haben diese die Entwicklung ihrer Länder geprägt, gefördert oder behindert?

Was die erste Frage betrifft, so kann man wohl sagen, dass auch innerhalb der Befreiungsbewegungen harte Kämpfe um Macht und ideologische Ausrichtung stattgefunden haben. Only the strong could survive. So waren etwa die meisten der Mitstreiter Robert Mugabes, die auf den ersten 20 Seiten des Buches „The Struggle for Zimbabwe“<sup>(6)</sup> erwähnt wurden, am Ende der Geschichte nicht mehr am Leben. Sie kamen um durch Briefbomben, bei Autounfällen oder fielen einfach aus einem Fenster. Huari Boumedienne wiederum setzte sich zunächst gegen die „alte Garde“ von Ben Khedda durch und stürzte dann in einem Putsch seinen bisherigen Kampfgefährten Ben Bella.

Darüber hinaus kamen im Freiheitskampf vor allem jene durch, die hart genug waren, Repressionen und damit verbundene Gefängnisstrafen zu ertragen. So waren Kwame Nkruma und Jomo Keniatta von den Engländern inhaftiert; Ben Bella von den

Franzosen. Von Michel Micombera, dem Präsidenten von Burundi, hieß es „He has to be tough and ruthless to survive“. Warum? Weil die einzelnen Stämme in seinem Land immer wieder darauf aus waren, sich gegenseitig zu vernichten. Das führt zur nächsten Erklärung, warum Politik nach der Unabhängigkeit ohne Härte nicht möglich ist: „Nation building“ hat sich, verglichen zu Europa, (wo die Nationenwertung auch mit vielen Kriegen verbunden war) in entgegengesetzter Weise vollzogen. In Europa haben sich Nationen, wie die Deutschen, Italiener oder die Franzosen, einen „Nationalstaat“ geschaffen. Die Nation existierte also vor dem Start. In Afrika haben die Kolonialmächte mit den einzelnen Kolonien willkürliche Grenzen gezogen, in deren Rahmen verschiedenste Nationen bzw. Stämme erst einen „Nationalstaat“ schaffen müssen. So ein Prozess ist selbst für Flamen und Wallonen, für Katalanen und Spanier nicht so einfach.

So ist es wohl zu erklären, dass es in einem Bericht der österreichischen Botschaft Lusaka aus dem Jahre 1987 heißt: „Wenn es um die Erhaltung der Macht geht, gibt es auffallende Ähnlichkeiten in den Ländern südlich der Sahara. Gleichberechtigte Teilnahme an der Ausübung der politischen Macht ist selten“. Und: „Nach afrikanischer Tradition wird die Stärke der Autorität respektiert, auch wenn die Herrschaft grausam ist“. (7)

Bleibt die Frage, wie Autokraten die Entwicklung ihres Landes, vor allem die gesellschaftliche und wirtschaftliche, beeinflussen? Wohl in unterschiedlicher Weise, wenn man den wirtschaftlichen Aufschwung einzelner Länder in Ostasien betrachtet. Eine Antwort geben Daron Acemoglu und James A. Robinson in ihrem Buch „Why Nations fail-the Origines of Power, Prosperity and Poverty“ (8). Ihre Grundthese: Entwicklung wird dort verhindert, wo Eliten und deren Institutionen „extractive“ sind, also ein Land ausbeuten. Sie führen als Beispiel die Länder des südlichen Afrika an, wo Ausbeutung zunächst durch die Kolonialherren erfolgte, später in derselben Weise durch die neuen Machthaber, die noch dazu besonders korrupt waren. Was Korruption bedeutet, schildert Tidiane Diakité in seinem Buch „L’Afrique malade d’elle meme“ (9). Jene, die dem Staat und seinen Bürgern dienen sollen, verkehren dies ins Gegenteil. Auf allen Ebenen bedient man sich der gegebenen Möglichkeiten: schon bei der Einreise in ein Land konfisziert der Zoll; die Polizei verdient bei willkürlichen Straßensperren; und amtliche Genehmigungen kann man nur gegen „Sonderzahlungen“ erhalten. Laut einem Bericht der Weltbank steigen die Kosten für

den Bau von Straßen in jenen Ländern schon um 50 %, wenn nur an einige Lieferanten Bestechungsgelder bezahlt werden müssen.

Diese Gegebenheiten hängen eng damit zusammen, dass gerade in den letzten Jahren das Vertrauen in die Demokratie wieder stark verloren gegangen ist. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass man geglaubt hat, eine „demokratische Wahl“ würde genügen, um einen Staat mit demokratischen Institutionen zu schaffen. Tatsächlich war vielfach das Gegenteil der Fall. Denn wie soll ein gewähltes Staatsoberhaupt die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen, wenn die Institutionen, die dafür vorgesehen sind, Wohlstand, Bildung und Sicherheit zu schaffen, nicht funktionieren. Die dann entstandene Enttäuschung der Wähler muss zu Unzufriedenheit und zum Wunsch nach Alternativen führen.

Zwischen 1960 und 1969, also in dem Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit der meisten afrikanischen Staaten, gab es 26 mal einen Staatsstreich; 18 gab es zwischen 1970 und 1979; 22 zwischen 1980 und 1989 und 16 zwischen 1990 und 1999. Zwischen 2012 und 2022 haben die Militärs 14 mal gewaltsam die Macht übernommen. In letzter Zeit hat der, weitgehend erfolglose Kampf gegen islamische Dschihadisten dazu geführt, dass es nunmehr in fast allen Staaten der Sahelzone Militärregierungen gibt. Im Sudan kämpfen Milizen und das Militär gegeneinander; in Äthiopien löst ein Bürgerkrieg den anderen ab; und neun afrikanische Präsidenten sind bereits über 20 Jahre an der Macht.

Heute kann man sagen, viele Afrikaner haben den Glauben an die Demokratie verloren, wofür es zahlreiche Gründe gibt. Auch jene Regime, die sich demokratisch nennen, haben weder Wohlstand noch Sicherheit gebracht. Für die jungen Menschen zwischen dem 18. und dem 35. Lebensjahr gibt es nicht genug Arbeitsplätze. Jährlich werden 3 Millionen neue Jobs geschaffen. Aber um die große Zahl junger Menschen zu beschäftigen, müssten es 18 Millionen sein. Kein Wunder, dass die Hälfte der jungen Leute zwischen 18 und 24 Jahren auswandern will <sup>(10)</sup>. Umfragen in Südafrika, Gabun, Burkina Faso, Niger und Mali haben gezeigt, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung bei der Bekämpfung der Kriminalität und bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen von einer autokratischen Regierung bessere Erfolge erwartet als von korrupten Demokratien.

Dass Militärregierungen in vielen Ländern Afrikas mehr Zustimmung finden als solche, die sich „demokratisch“ nennen, hat auch geopolitische Auswirkungen. So

sagte Paul Kagame, der Präsident von Ruanda, der Westen soll uns nicht vorschreiben, wie wir uns regieren sollen. Dieser Meinung sind auch 53 % aller Afrikaner, die glauben, es sollte ihnen erlaubt sein, ihre eigene Regierungsform zu wählen.

### **3. Kriege, Bürgerkriege und Dschihadisten**

Kriege stehen mit „Entwicklung“ in einer doppelten Beziehung: Menschen in Regionen, die sich durch die Entwicklung benachteiligt fühlen, können zu den Waffen greifen. Andererseits verwüsten Kriege ganze Regionen, zerstören staatliche Strukturen und hemmen die Entwicklung beträchtlich. Während der letzten Jahrzehnte haben die Kriege in Afrika Millionen von Menschen in die Flucht getrieben; für die Entwicklung notwendige Mittel wurden in die Rüstung gesteckt; und junge Menschen, die vom Krieg geprägt wurden, hatten es oft sehr schwer, wieder im zivilen Leben Fuß zu fassen.

Seit der Niederschlagung eines Aufstandes in Madagaskar im Jahre 1947, die 89 000 Opfer gekostet hat, haben zunächst Befreiungskriege, dann Stellvertreterkriege im Kalten Krieg, Bürgerkriege und im letzten Jahrzehnt der Terrorismus große Teile des Kontinents nicht zur Ruhe kommen lassen. Befreiungskriege gab es von Algerien im Norden bis zu den portugiesischen Kolonien Angola und Mosambique im Süden. Da die Grenzen in Afrika von den Kolonialherren schon am Berliner Kongress 1885 künstlich, also ohne Rücksicht auf bestehende kulturelle und gesellschaftliche Strukturen, gezogen wurden, war das die Grundlage zahlreicher Konflikte.

Es kam zu zwischenstaatlichen Konflikten, wie 1974 zwischen Ober-Volta und Mali; zu Sezessionsbewegungen wie in Katanga (1960- 63) oder in Biafra (1967- 70). Aus innerstaatlichen Gegensätzen wurden im Kalten Krieg Stellvertreterkriege und manche Konflikte, wie jener über die West- Sahara oder der zwischen Äthiopien und Eritrea wurde zu Langzeitkriegen. An Tragik kaum zu übertreffen waren die Massaker in Ruanda 1994 sowie die Bürgerkriege in Liberia und Sierra Leone. Bei den Kriegen im Kongo standen sich immer wieder benachbarte Länder in Allianzen gegenüber; und auch Somalia ist in den letzten Jahrzehnten nicht zur Ruhe gekommen.

Worum geht es bei all diesen Kriegen? Primär wohl um Macht, aber auch darum, dass sich ein siegreicher Kriegsherr, selbst in armen Ländern, gewaltig bereichern

kann. Der kongolesische Präsident Mobutu Sese Seko hat Milliarden Dollar in Schweizer Banken deponiert. Als Hisséne Habré 1990 als Präsident des Tschad gestürzt wurde, hat er 7 Milliarden Francs ins Exil mitgenommen und Ange-Félix Patassé, Präsident der Zentralafrikanischen Republik von 1993-2003, wurde angeklagt, mehr als € 100 Milliarden veruntreut zu haben.

In den letzten Jahrzehnten wurde die Religion eine nachhaltige Triebkraft für bewaffnete Auseinandersetzungen. Nachdem NATO- Streitkräfte 2011 Muammar al-Gaddafi liquidiert und Libyen total destabilisiert hatten, bekamen islamische Dschihadisten aus libyschen Beständen genug Waffen, um in der Sahel- Zone, in Kamerun, im Tschad, im Norden von Mali, in Nigeria und in Niger Stützpunkte zu errichten. Boko-Haram führte spektakuläre Entführungen in Nigeria und benachbarten Ländern durch. Islamische Terroristen sind nun in einem Dutzend von Staaten südlich der Sahara aktiv, wobei sich einige mehr zu Al Quaida, andere eher zum Islamischen Staat bekennen. Ähnlich wie in Afghanistan nützen die „Gotteskrieger“ den Unmut bei jenen aus, die sich, oft weit entfernt von der jeweiligen Hauptstadt, von der Regierung benachteiligt oder überhaupt misshandelt fühlen.

Wenn dann, ähnlich wie in Afghanistan, Frankreich zusammen mit europäischen Verbündeten, unterstützt von den USA, gegen diese Terrorgruppen militärisch vorgeht, drängt sich die Frage auf, was in Afrika besser gemacht wird als in Afghanistan, um ein besseres Ergebnis zu erreichen.

Ein besonders umkämpftes Gebiet ist die Sahelzone. Das ist eine Region von ca. 3 Millionen km<sup>2</sup> zwischen den arabischen Staaten im Norden und jenen südlich der Sahara, die sich von Mauretanien bis zum Sudan erstreckt. Somit ergibt sich die strategische Bedeutung schon aus der Geographie. Handelswege durchziehen das Gebiet in alle Richtungen. Wer den Sahel kontrolliert, der verfügt über die Bodenschätze Westafrikas und kann auch die verschiedenen Migrationsbewegungen kontrollieren.

Die Unsicherheit in der Region wird dadurch verstärkt, dass die staatlichen Grenzen willkürlich gezogen wurden. Außerdem sind die Regierungen nicht in der Lage, die riesigen Gebiete zu kontrollieren. Menschen wie die Tuareg haben weitgehend ihre traditionellen Lebensformen beibehalten. Die daraus entstehenden Konflikte können von religiösen Fanatikern und Terroristen, von Drogenhändlern und Waffenschmugglern entsprechend ausgenutzt werden. Frankreich und den USA



bietet sich dadurch die Möglichkeit, ihre militärische Präsenz auszubauen. Als die „Gruppe Wagner“, ein privates russisches Militärunternehmen, in der Zentralafrikanischen Republik auftauchte, wurde der Vorwurf erhoben, dieser Einsatz destabilisiere die Region. Destabilisieren wird sich jedenfalls der Klimawandel, der dazu führt, dass weite Teile des Sahel immer trockener werden. Bei der gegebenen Bevölkerungsexplosion kann dies zu weiteren Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung führen.

Nun hat gerade in den Ländern der Sahelzone in den letzten Jahren ein entscheidender geopolitischer Wandel stattgefunden: die traditionelle Vorherrschaft Frankreichs wurde stark zurückgedrängt; der Einfluss Russlands hat stark zugenommen.

Unter dem Titel „FranceAfrique“ hat Frankreich seinen Einfluss in den früheren Kolonien auch nach deren Unabhängigkeit weiter beibehalten. Das Konzept dafür wurde bereits von General de Gaulle entworfen: die französisch-sprachigen Länder Afrikas wurden als Vorfeld bzw. Hinterhof des Mutterlandes betrachtet. Von Paris aus wurde auf diese Länder ein starker politischer und wirtschaftlicher Einfluss ausgeübt. Die Währung war an den französischen Franc gebunden und in mehreren dieser Länder waren französische Truppen stationiert.

Immer wieder haben französische Präsidenten betont, neue Wege in ihrer Afrika-Politik beschreiten zu wollen und „FranceAfrique“ durch eine Politik der Gleichberechtigung zu ersetzen. Es blieb aber vielfach bei Absichtserklärungen. Die Unzufriedenheit mit Frankreich hat dann dadurch großen Auftrieb bekommen, weil Militäreinsätze wie „Serval“ und „Barkhane“, die gemeinsam mit den jeweiligen Regierungen durchgeführt wurden, im Kampf gegen die Dschihadisten nicht die gewünschten Erfolge brachten.

Eine in Mali 2021 durchgeführte Umfrage zeigte, dass ein Fünftel der Bevölkerung glaubte, die französischen Streitkräfte würden sogar mit Dschihadisten und Separatisten zusammenarbeiten <sup>(11)</sup>. Und in Burkina Faso erklärte der neue Machthaber, der 35 Jahre alte Kapitän Ibrahim Traoré, er wolle die Souveränität seines Landes wiederherstellen.

Besonders demütigend war der Rückzug der Franzosen aus Niger. Dort hatte das Militär im Juli 2023 den „demokratisch gewählten“ Präsidenten Mohamed Bazoum

gestürzt und unter Hausarrest gestellt. Der französische Präsident Macron verlangte seine sofortige Freilassung und Wiedereinsetzung in sein Amt. Der französische Botschafter in Niamey erhielt die Weisung, mit den Putschisten nicht zu reden. Als die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) erklärte, mit ihren Armeen in Niger einzumarschieren, um den gestürzten Präsidenten zu unterstützen, wurde das in Paris mit großem Wohlwollen aufgenommen.

Doch es kam anders: die Militärjunta konnte sich an der Macht halten. Frankreich musste nicht nur seinen Botschafter abziehen, auch die französischen Truppen müssen bis Ende 2023 das Land verlassen. Dabei zeigten sich die USA nicht besonders kooperativ. Die stellvertretende US- Außenministerin Victoria Nuland hat umgehend das Gespräch mit den neuen Machthabern gesucht, die amerikanischen Truppen können im Land bleiben.

Große Profiteure der gesamten Entwicklung sind jedenfalls die Russen, sowohl machtpolitisch, als auch was die öffentliche Meinung betrifft. So erklärten 62 % der Bevölkerung von Niger bei einer Umfrage im August 2023, sie hätten Vertrauen gegenüber Russland verglichen zu 13 %, die diese Haltung gegenüber den USA einnehmen. Nur 8 % brachten Frankreich Vertrauen entgegen.

Der Erfolg Russlands ist wohl einerseits auf seine diplomatischen Bemühungen zurückzuführen, aber auch auf den Einsatz der Wagner-Söldner. Außenminister Sergej Lawrow besucht regelmäßig afrikanische Länder; am Afrika-Gipfel im Juli 2023 in Sankt Petersburg haben 49 Delegationen teilgenommen. Die Wagner-Söldner waren bereits in einem Dutzend afrikanischer Länder aktiv und haben sich in vier stark etabliert: In der Zentralafrikanischen Republik sind die Wagner-Söldner stark mit dem Regime von Präsident Faustin-Archange Touadéra verbunden, für den sie auch die Leibwache stellen. Bezahlt wird die Truppe offensichtlich in der Weise, dass sie sich in verschiedenen Wirtschaftssparten betätigt, vom Diamantenhandel bis zum Verkauf von Alkohol. Von Bangui aus wird die „Rapid Support Force“ im Sudan unterstützt, die dort gegen die Armee kämpft. In Libyen wiederum haben die Wagner-Söldner jahrelang an der Seite von General Khalifa Haftar gekämpft, der die östliche Hälfte des Landes kontrolliert.

Man wird sehen, welche Rolle die Wagner Truppe nach dem Tod des langjährigen Chefs Jewgeni Prigoschin spielen wird. Dabei kann man davon ausgehen, dass Moskau versuchen wird, die erworbenen Macht-Basen zu erhalten. Eine

Unterstützung durch Wagner scheint insofern auch im Interesse der jeweiligen Machthaber zu liegen, als die Söldner-Truppe bereit ist, diese gegen Umstürze zu schützen; eine Praxis, die Frankreich schon seit Jahren aufgegeben hat.

#### **4. Wird Afrika abgehängt?**

Wie können sich unter diesen Bedingungen Demokratie und Wirtschaft in Afrika entwickeln? Kann Afrika in einer globalisierten Welt mithalten? 2007 hat der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy an der Universität von Dakar eine Rede gehalten, in der er ausführte: „Afrikas Drama ist es, dass der Afrikaner nicht genug in die Geschichte eingetreten ist. Es gibt weder Platz für das Abenteuer der Menschheit, noch für die Idee des Fortschritts“. Diese Ausführungen haben natürlich einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Rede wurde als „Klischee“ abgetan und scharf kritisiert.

Aber hat sich die Situation seither geändert? Tatsächlich hat es auch immer wieder demokratische Machtwechsel gegeben; wie etwa in Gambia, wo der langjährige Diktator Yahya Jammeh 2016 abgewählt wurde. Das wurde als Beweis dafür dargestellt, dass „die Demokratie in Afrika lebt“, obwohl sieben der zehn am längsten amtierenden Autokraten in der Welt immer noch in Afrika südlich der Sahara regieren.

Als es 2011 gelang, Alleinherrscher im Rahmen des „Arabischen Frühling“ zum Rücktritt zu zwingen, wurde das als großer Erfolg von Freiheit und Demokratie gefeiert. Doch die Freude war kurz, die Ernüchterung lang. In Ägypten kamen zunächst die Moslebrüder, dann wiederum ein General an die Macht. Libyen wurde in ein jahrzehntelanges Chaos gestürzt; und in Tunesien hat der derzeitige Präsident gerade das Parlament für ein Jahr suspendiert. Im Sudan erlebten demokratische Strömungen einen Erfolg, als Umar al-Baschir nach einer 30-jährigen Herrschaft zurücktreten musste. Aber nach einer kurzen Zwischenperiode musste auch der neue Ministerpräsident wiederum dem Druck der Militärs weichen.

D.h. nicht, dass man nicht immer wieder Fortschritte in Richtung Demokratie feststellen kann. Laut dem amerikanischen Think Tank „Freedom House“ waren am Ende des Kalten Krieges nur elf der 48 Länder südlich der Sahara „frei“ oder „teilweise frei“. Zwischendurch waren es schon 34, doch dann gab es wieder Rückschläge. Offensichtlich hat es nicht genügt, dass die Kolonialmächte ihre eigene Tradition äußerer Formen von Demokratie zurückgelassen haben. So zieht der

„Speaker“ bei der Parlamentseröffnung in Harare mit Perücke und Mace, dem Symbol von Westminster, ein. Das hat aber Robert Mugabe nicht davon abgehalten, eine eiserne Diktatur zu errichten. In mehreren Ländern wurden durch die Änderung der Verfassung Amtsperioden verlängert, die politische Opposition mit Gewalt unterdrückt. Die Mentalität ist eben „Winner takes all“. Und seit der „Kampf gegen den Terror“ an Bedeutung gewonnen hat, ist auch für den Westen die militärische Unterstützung eines Autokraten wichtiger geworden als „Democracy building“.

Bleibt die Frage, wie weit die wirtschaftliche Entwicklung die politische Kultur eines Landes beeinflusst. Nach einer Studie von Sir Paul Collier entsteht bei einem pro Kopf Einkommen von \$ 2900 im Jahr ein neuer Mittelstand, der nach mehr Demokratie strebt und sich stabilisierend auf die Institutionen auswirkt. Aber nur zwölf der Länder im südlichen Afrika haben dieses Niveau erreicht.

Das Bruttonationalprodukt aller Länder südlich der Sahara beträgt gemeinsam \$ 1700 Milliarden, also gerade 2 % der Weltproduktion. Ihr Anteil am Welthandel beträgt nur 1,7 %; dabei leben 15 % der Weltbevölkerung in diesem Raum, Tendenz stark steigend. Von den 24 Ländern mit dem geringsten Lebensstandard in der Welt liegen 22 in Afrika. So unterschiedlich die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Regionen des riesigen Kontinents auch ist, die Entwicklung, die sich viele anlässlich der Unabhängigkeit vor zwei Generationen vorgestellt haben, hat sich nicht verwirklichen lassen. Damals erlebten die im Zweiten Weltkrieg zerstörten Länder Europas gerade ein „Wirtschaftswunder“, zu dem der von den USA initiierte Marshall- Plan wesentlich beigetragen hat. Analog dazu sollte den gerade unabhängig gewordenen Ländern Afrikas „Entwicklungshilfe“ helfen, innerhalb weniger „Entwicklungsdekaden“ den Standard der Industrieländer zu erreichen <sup>(12)</sup>.

Dabei wurde die „Entwicklungshilfe“, die vielfach eher eine „Überlebenshilfe“ war, von vornherein an der Höhe der erbrachten Spenden gemessen, und nicht daran, was tatsächlich erreicht werden konnte. Viel zu wenig beachtet wurde auch, dass in Westeuropa die politischen Institutionen funktionierten, die Menschen bereit waren, für den Wiederaufbau mehr zu produzieren als zu konsumieren; und amerikanisches Geld damit nur ein Faktor des Erfolges war.

Tatsächlich betrug die 2016 von den Ländern der OECD geleistete Entwicklungshilfe im Jahre 2016 immerhin \$143 Milliarden. Gleichzeitig wurden von Afrikanern im Ausland Überweisungen von € 450 Milliarden in ihre Heimatländer getätigt.

Tatsächlich konnte die weltweite Armut von 26 % der Weltbevölkerung im Jahre 1970 auf 18 % heute reduziert werden. Aber das war wohl vor allem dem wirtschaftlichen Aufschwung Chinas zu danken. Denn in den Ländern südlich der Sahara ist die Armut in den letzten 15 Jahren lediglich von 57 % auf 41 % der Bevölkerung zurückgegangen. -

## **5. Die große Drei: Nigeria- Kongo- Südafrika**

Um die bisherigen Ausführungen etwas zu konkretisieren, sollen noch einige Wesenszüge der Entwicklung in Nigeria, im Kongo und in Südafrika dargestellt werden. Nigeria, mit seinen 206 Millionen Einwohnern hat mit einem Bruttonationalprodukt von \$ 432 Milliarden die größte Wirtschaft Afrikas. (BIP von Österreich von \$ 429 Milliarden war im Jahre 2020 fast gleich hoch, bei 9 Millionen Einwohner).

In dem 1960 unabhängig gewordenen Nigeria wurden noch vom britischen Kolonialherren 250 verschiedene ethnische Gruppen zusammengefasst. Dabei war der Norden des Landes islamisch und arabisch orientiert, der Süden christlich und schwarzafrikanisch. So ist es kein Wunder, dass es 1967 zu einem Bürgerkrieg kam, wobei die im Südosten gelegene Provinz Biafra ihre Unabhängigkeit anstrebte. Die riesigen Ölreserven haben nicht die erhoffte Prosperität gebracht. Vielmehr wurden Kampf um Anteile und Verschwendung gefördert. Die politischen Institutionen erwiesen sich als zu schwach, um den Machtanspruch der Militärs zu widerstehen. Immer wieder stellen sich Generäle an die Staatsspitze. Wahlen wurden verschoben oder abgesagt. Schon in den 1980er Jahren kam es zu ethnisch- religiösen Zusammenstößen, die Tausende von Toten forderten.

Gleichzeitig gab es aber mit mehreren Tageszeitungen und Magazinen in den größeren Städten eine ungewöhnliche Pressefreiheit. Selbst die Opposition, die sich ins Exil abgesetzt hatte, kam zu Wort. Die Hinrichtung des Schriftstellers Ken Saro-Wiwa, noch dazu während des Commonwealth- Gipfeltreffen 1995, hat zu weltweiten Protesten und zur internationalen Isolierung Nigerias geführt.

Als es der Terrorsekte Boko Haram 2014 gelang, eine ganze Mädchenschule zu kidnappen, wurde das nicht nur ein Symbol für die Brutalität des Terrors, sondern auch für die Hilflosigkeit des Staates. Boko Hara konnte seinen Aktionsradius weit über das ursprüngliche Gebiet hinaus bis in die Hauptstadt Abuja ausdehnen. Und die Situation wurde, trotz des Versprechens des dann neu gewählten Präsidenten,

nicht besser. Der Terror im Land hat bisher 35 000 Menschen das Leben gekostet; über 300 000 sind an den Folgen des Krieges und am Hunger gestorben. Ein Bericht über das Land im „Economist“ vom Oktober 2021 hatte die Überschrift „When Things fall apart-How kidnappers, zealots and rebels are making Nigeria ungovernable“.

War der Weg in die Unabhängigkeit für viele afrikanische Länder schwierig, so war er für den Kongo, zwischendurch Zaire genannt, vom Anfang an eine Katastrophe. Im ganzen Land, das so groß wie Westeuropa ist, gab es 1960 gerade zwei Dutzend akademisch ausgebildete Kongolesen. Es kam zu Mord und Totschlag. Sein erster Ministerpräsident, Patrice Lumumba, wurde mithilfe des CIA 1961 liquidiert. Die an Mineralien reiche Provinz Katanga kämpfte für die Unabhängigkeit, wobei der dominierende Konzern Union Minière von weißen Söldnern unterstützt wurde.

Mobutu Sese Seko, der vom Westen unterstützter Diktator rechtfertigte seine Alleinherrschaft mit der afrikanischen Tradition: in einem jedem Stamm gibt es auch nur einen Häuptling und nicht zwei. Als er 1993 gestürzt wurde, war das Land politisch und wirtschaftlich ruiniert.

Immer wieder kam es zu Bürgerkriegen, wobei jener von 1998-2001 auch als der „Erste Weltkrieg Afrikas“ bezeichnet wird, weil eine Reihe von Nachbarländern daran beteiligt waren. So blieb eines der reichsten Länder Afrikas eines der ärmsten. Menschen hatten Mühe, das tägliche Leben zu bewältigen und junge Menschen oft keine andere Wahl, als sich einer Rebellengruppe anzuschließen.

Im Kampf gegen Mobutu ging Laurent-Désiré Kabila als Sieger hervor, dessen Sohn Joseph dann in ähnlicher Weise regierte wie der Diktator Mobutu, zu dessen Sturz man eingetreten war. Manche führen die herrschende Brutalität und Rücksichtslosigkeit auf die Grausamkeiten zurück, mit denen schon der belgische König Leopold seine Kolonie ausbeutete. Damals wurden Truppen eingesetzt, denen Dorfbewohner Elfenbein und Kautschuk abliefern mussten. Taten sie es nicht, wurden ihre Häuser niedergebrannt, sie selber verstümmelt oder umgebracht.

Der 2019 bei umstrittenen Wahlen an die Macht gekommene Félix Tshisekedi konnte bisher keines seiner Wahlversprechen verwirklichen: Lehrer warten weiter auf ihr Gehalt; dafür werden Gelder an „Schulen“ überwiesen, die es gar nicht gibt. In den Ostprovinzen des Landes wird immer wieder gekämpft. Truppen aus Uganda werden zu Hilfe gerufen, um die „Allied Democratic Forces“, die Verbindung zum Islamischen

Staat haben, zu bekämpfen. Dabei besteht die Gefahr, dass die ausländischen Truppen bleiben und sich selbst bei Raubzügen bereichern.

Die Korruption geht weiter. Damit man sieht, um welche Summen es dabei geht: dem früheren Vorsitzenden der Nationalen Bergbaugesellschaft, Albert Yuma Mulimbi, wird vorgeworfen, \$ 8 Milliarden an Kupfer- und Kobalt- Einnahmen veruntreut zu haben <sup>(13)</sup>.

Deutet es auf eine bessere Zukunft, wenn man liest, dass gerade in einem 5-Sterne Hotel in Kinshasa an internationale Bieter Anteile an Kobalt- Minen und anderen Metallen, die man in der „Grünen Revolution“ dringend braucht, versteigert werden? <sup>(14)</sup>. Man wird sehen.

1994 wurde Nelson Mandela, nach 27 Jahren im Gefängnis, der erste demokratisch gewählte Präsident Südafrikas. Es gelang in erstaunlicher Weise, das Apartheid-System zu überwinden, wofür er 1993, zusammen mit Willem de Klerk den Friedensnobelpreis erhielt. Wie sein Mitstreiter, Erzbischof Desmond M. Tutu, zeichnete er sich dadurch aus, dass er feste Grundsätze mit Pragmatismus vereinbaren konnte und bestrebt war, Versöhnung herbeizuführen, ohne zu vergessen, was geschehen war.

Tatsächlich gelangen unter Mandela und seinem Nachfolger Thabo Mbeki schöne Erfolge: 1,9 Millionen neue Wohnungen wurden gebaut; 4,5 Millionen Haushalte wurden an das Stromnetz angeschlossen, 11 Millionen erhielten eine Frischwasser-Versorgung. Damit gelang es, einen größeren schwarzen Mittelstand zu schaffen. Südafrika erhielt internationale Anerkennung: der Rugby- und der Cricket- Welt Cup wurden in Südafrika ausgetragen; 2010 auch die Fußball- Weltmeisterschaft. Kritisch aus dieser Zeit wird vermerkt, dass die Ungleichheit stark stieg, dass weiterhin viele Schwarze arbeitslos waren und unter der Armutsgrenze leben mussten. Vor allem aber nahmen die Kriminalität und Gangsterplage unerträgliche Formen an. Und obwohl 900 Menschen am Tag an Aids starben, stellte Mbeki die Erkenntnisse der Wissenschaft dazu infrage, medizinische Behandlungen wurden dadurch entscheidend verzögert.

Als 2009 Jakob Zuma an die Macht kam, versprach er „eine Regierung für alle Südafrikaner“. Auch Zuma, der von „Le Monde diplomatique“ als „charismatische und rätselhafte Persönlichkeit“ beschrieben wurde, ging aus dem Kampf gegen die

Apartheid hervor und stützte seine Macht auf die Staatspartei „African National Congress“ (ANC) <sup>(15)</sup>. Doch diese Partei wurde zunehmend ein Machterhaltungsapparat. Die Regierungszeit Zumas bezeichnen viele als „neun verlorene Jahre“. Er selbst wurde wegen Korruption verurteilt und eingesperrt. In 17 Jahren gab es in Südafrika 300 politische Morde, wobei meistens ANC- Mitglieder betroffen waren.

Jetzt ruhen alle Hoffnungen auf dem neuen Präsidenten Cyril Ramaphosa, der in der Kampfzeit Gewerkschaftsführer war; später als Geschäftsmann ein Vermögen von \$ 450 Millionen erwirtschaften konnte. Seine Aufgabe sollte es sein, sowohl die Institutionen des Staates als auch den Machtapparat des ANC grundlegend zu reformieren. Zu den wesentlichen Fragen der Zukunft gehören, ob Land ohne Entschädigung enteignet wird; ob die Nationalbank privatisiert wird; ob es gelingt, im ganzen Land Mindestlöhne einzuführen. Auch das wird nicht leicht sein, wenn 40 % der Jugendlichen in einem Haushalt aufwachsen, in dem niemand eine geregelte Arbeit hat.

Die Entwicklung in Nigeria, im Kongo und in Südafrika betrifft jedenfalls nicht nur diese Länder, sondern hat entscheidende Auswirkungen auf den gesamten Kontinent. Entscheidend wird sein, ob die Eliten bereit sind, von einer „extraciven“ Machtausübung auf eine „produktive“ überzugehen. Damit zusammen hängt die Frage, wie weit jene, die herrschen, bereit sind, Macht zu teilen. Wie wir aus den Königsdramen von Shakespeare wissen, war auch die Machtausübung in England, im Mutterland der Demokratie, nicht immer rechtmäßig und friedlich. Es wird daher noch einige Zeit dauern, bis traditionelle Herrschaftsverhältnisse und demokratische Entscheidungsfindung in Afrika in Einklang gebracht werden. Tatsächlich ist schon heute die politische Kultur in Botswana eine andere, weil es dort die Tradition der „Khothela“, der Dorfversammlungen gab, wo alle mitreden konnten.

## **6. Welche Zukunft für den Kontinent?**

Zunächst aber wird auf die wohl größte Herausforderung des Kontinents in den nächsten Jahrzehnten hingewiesen, auf die Bevölkerungsexplosion.

Afrika zählte zu Beginn der 1950er Jahre rund 240 Millionen Menschen, das waren gerade 7 % der Weltbevölkerung. Heute beträgt die Bevölkerungszahl 1300 Millionen Menschen; und diese Zahl wird sich in nur einer Generation verdoppeln. Am Ende unseres Jahrhunderts werden, nach Berechnungen der UNO, 4500 Millionen



Menschen in Afrika leben, mehr als 40 % der ganzen Weltbevölkerung. Diese Entwicklung betrifft die Arabisch- sprechenden Staaten im Norden des Kontinents genauso wie die Länder südlich der Sahara. So zählte Ägypten 1961 28 Millionen Einwohner, 2020 bereits 102 Millionen. Im selben Zeitraum stieg die Bevölkerung von Algerien von 11,4 Millionen Menschen auf 44 Millionen. Besonders dramatisch war die demographische Entwicklung in Nigeria, wo 1961 erst 45 Millionen Menschen lebten, während es heute 211 Millionen sind. Im selben Zeitraum erlebte Kenia einen Anstieg der Bevölkerung von 8 Millionen auf 54 Millionen; bis 2050 soll sich diese auf 92 Millionen Einwohner mehr als verdoppeln.

Diese Bevölkerungsexplosion hat natürlich gewaltige Auswirkungen in zahlreichen Bereichen: so wird es kaum möglich sein, die von den Vereinten Nationen festgelegten „Sustainable Development Goals“ zu erreichen 2030 werden immer noch 35 % der Bevölkerung unter extremer Armut leiden. Und bis 2035 sollen jährlich 20 Millionen qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden, während es heute nur 3 Millionen im Jahr sind <sup>(16)</sup>.

Die Zukunft Afrikas wird nun ganz entscheidend davon abhängen, wie weit die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere das Wirtschaftswachstum, mit der Explosion der Bevölkerung Schritt halten kann. Das wiederum hängt mit der Frage zusammen, wie weit es gelingen wird, funktionierende staatliche Strukturen zu schaffen, ob die Schulen jene Bildung und Ausbildung vermitteln können, die die Länder brauchen. Einige Statistiken zeigen auf, dass die Bildungssysteme massiv ausgebaut wurden; oder dass es gelungen ist, die Malaria in den Griff zu bekommen. Aber kaum wird ein Land wie Äthiopien als Beispiel für andere hingestellt, bricht ein Bürgerkrieg aus und vieles wird wieder zunichte gemacht.

Manche Lösungen schaffen neue Probleme. Wenn man etwa die unzähligen kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zusammenlegt, um größere Flächen industriell nutzen zu können, verlieren viele Menschen ihren Arbeitsplatz. Wenn dann nicht gleichzeitig neue in der Industrie geschaffen werden, steigt die Zahl der Arbeitslosen. Darüber, wie weit Entwicklungshilfe zielführend ist, gibt es unterschiedliche Meinungen. Ökonomen wie Milton Friedman oder Dambisa Moyo sind entschiedene Kritiker. Ein Staat sollte sich darauf konzentrieren, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Überweisungen von Kapital führe lediglich zu Verschwendung und Korruption.

Andere, wie Jeffrey Sachs oder Joseph Stiglitz sprechen sich dagegen sogar für eine Erhöhung der öffentlich gespendeten Mittel aus <sup>(17)</sup>.

Jedenfalls werden sich die Europäer darauf einstellen müssen, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gewaltige Migrationswellen aus Afrika kommen werden. Nachdem das seinerzeit in Dublin ausgehandelte System zusammengebrochen ist und die Länder des Südens nicht mehr bereit sind, die ihnen zugedachten Lasten zu tragen, wäre es an der Zeit, in Brüssel eine kohärente Strategie zu entwickeln. Der Hinweis darauf, die Probleme müssen an der Wurzel, also in den betroffenen Ländern selbst gelöst werden, hat die letzten 60 Jahre nicht funktioniert. Was eventuell funktionieren könnte, wäre eine Reaktivierung des Treuhandschafts- Rates der Vereinten Nationen mit der Möglichkeit, bei einer einem Land gewährten Hilfe deren Verwendung direkt mitgestalten zu können. Aber das steht natürlich im Widerspruch zur nationalen Souveränität und dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates.

Dabei kann man davon ausgehen, dass im Rahmen des neuen Kalten Krieges die Souveränität auch der afrikanischen Länder beeinträchtigt wird. Die USA haben den „Krieg gegen den Terrorismus“ bereits dazu benutzt, um ihre militärische Präsenz und ihre „intelligence-gathering-facilities“ auszubauen. Frankreich hat seine frühere Position als Kolonialmacht in die Politik „FranceAfrique“ umgewandelt, also den früheren Einfluss in neuen Verträgen festgehalten. China ist schon heute der größte Investor auf dem Kontinent und unterhält 10 000 Wirtschaftsprojekte; Russland hat militärische und wirtschaftliche Schwerpunkte punktuell ausgebaut.

Machtpolitische Beeinträchtigungen der nationalen Souveränität werden also hingenommen, während man im Bereich der Entwicklungspolitik das nicht erlaubt. Europa sollte jedenfalls bemüht sein, seine Strategie auf „Human Security“ und nicht auf Machtpolitik auszurichten. Dieses Modell ist seit der Gründung des Europarates auf unserem Kontinent erfolgreich, warum sollte es nicht auch in Afrika umgesetzt werden können?

Eine wesentliche Frage ist, welche Rolle die Länder Afrikas bei der Gestaltung der Neuen Weltordnung einnehmen werden. Diese zielt ja auch darauf ab, den Ländern des „Globalen Südens“ mehr Mitsprache einzuräumen. Denn wenn schon heute die meisten Tagesordnungspunkte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Afrika

betreffen, so hat kein Land dieses Kontinents einen ständigen Sitz in diesem Gremium.

Die USA wollen an der alleinigen Vorherrschaft in der Welt, die sie nach dem Kalten Krieg errungen haben, festhalten. Eine „Heilige Allianz der Demokratien“ soll den Lauf der Geschichte aufhalten, auch wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse heute wesentlich von jenen unterscheiden, die der bisherigen Ordnung zu Grunde liegen. Zahlreiche Autoren, wie etwa Allison Graham, sind der Meinung, dass der Krieg Amerikas mit der aufstrebenden Macht China unvermeidlich ist. Dieser Krieg findet schon heute in den Bereichen der Wirtschaft und in den Handelsbeziehungen statt. Zölle und Sanktionen sollen die Entwicklung Chinas in wesentlichen Bereichen wie Hochtechnologie und künstliche Intelligenz eindämmen. Darüber hinaus ist es Ziel dieser Maßnahmen, den Zusammenbruch Chinas in der Art zu erreichen, wie es bei der Sowjetunion gelungen ist.

Auf beiden Seiten haben sich die Lager formiert: die Europäische Union hat sich gegenüber Amerika in eine Vasallenrolle begeben. Japan, Südkorea und Australien stehen fest an der Seite Washingtons. Auf der anderen Seite wurde Russland, durch den Krieg, den der Westen in der Ukraine gegen das Land führt, fest an die Seite Pekings gebunden. Länder wie Indien, die Türkei oder Saudi-Arabien halten sich Optionen nach beiden Seiten offen. Da könnte es durchaus eine Rolle spielen, welche Haltung die Staaten Afrikas in Zukunft einnehmen werden. Viele afrikanische Länder haben die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen nicht mitgetragen. China betrachtet sich als Führungsmacht des „Globalen Süden“ und kann darauf verweisen, dass es schon bei der Konferenz von Bandung 1955 seine Stimme für die Unabhängigkeit der damaligen afrikanischen Kolonien erhoben hat.

Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die großartigen Leistungen, die heute schon von Afrikanern in Bereichen wie Kunst, Kultur oder Sport erbracht werden, in anderen Gebieten umzusetzen. So war 2021 zweifellos das „Jahr der afrikanischen Literatur“. Autoren und Autorinnen aus Afrika gewannen den Nobelpreis (Abdulrazak Gurnah), den Booker-Prize (Damon Galgut), den Prix Goncourt (Mohamed Mbougar Sarr), sowie den Prémio Camoes (Paulina Chiziane), um nur einige zu nennen.

Schon 1984 wurde in der beeindruckenden Ausstellung „Primitivism in 20th Century Art“ im MoMa in New York aufgezeigt, wie stark die afrikanische Kunst die französische Avant-garde (Matisse, Picasso, Braque) sowie die deutsche Moderne

(Kirchner, Nolde, Pechstein) beeinflusst hat. Fußballer aus Afrika sind aus dem Weltfußball genau so wenig wegzudenken wie Rugby, die Leichtathleten des Kontinents, seine Basketballer oder die Afrika-Rallyes.

Die Frage ist nun, ob all diese Eigenschaften, die Leopold Senghor als typisch für die „Negritude“ hervorgehoben hat, auch in jenen Bereichen zum Tragen kommen, die die Moderne prägen: in Technik und Wirtschaft, in Forschung und Produktion. Wie immer sich die Zukunft Afrikas entwickelt, eines steht wohl fest: Information und Kommunikation tragen dazu bei, dass unsere Kontinente immer enger verbunden werden. Wir bilden eine Schicksalsgemeinschaft.

### Anmerkungen

- (1) René Dumont; „L’Afrique noire est mal partie » ; Paris 1962
- (2) International Harald Tribune ; July 23 1984
- (3) Konzept «Afrika 2000 ; GZ 502.01.00/47-II.4/93
- (4) Senghor «Liberté-Negritude et Humanisme » ; Paris 1964
- (5) A.P.J. van Rensburg; “Contemporary Leaders of Africa”; Cape Town 1975
- (6) David Martin & Phyllis Johnson “The Stuggle for Zimbabwe”, New York 1981
- (7) “In Harare und Lusaka, 1986-1993“; BMAA Zl. 502 01 46/2.Sept. 1993
- (8) Daron Acemoglu & James A. Robinson, « Why Nations fail-the Origines of Power, Prosperity & Poverty”; New York 2012
- (9) Tidiane Diakité, “L’Afrique malade d’ elle-même » ; Karthala 1986
- (10) The Economist ; October 7th 2023
- (11) The Economist, August 20th 2016
- (12) Wendelin Ettmayer ; « Alte Staaten-neue Welt; Stabilität und Wandel in den internationalen Beziehungen“; Linz 2080
- (13) The Economist, Dec 11th 2021
- (14) New York Times Dec. 11/12 2021
- (15) Le Monde diplomatique Juin 2009
- (16) „Reaping Africa’s demographic Divide“; ISS 2021
- (17) Nicolas Normand ; Le grand Liivre de L’Afrique,Paris 2019

(\*) Dr. Wendelin Ettmayer; Abgeordneter zum Nationalrat a.D.; ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland & Estland; Kanada & Jamaika; beim Europarat; Autor;  
[www.wendelinettmayer.at](http://www.wendelinettmayer.at)